



## Rüstungskonversion

Wolfgang Erdmann – Beitrag zum Workshop Rüstungskonversion

### 1. Definition

Im Vorspann einer IG Metall-Broschüre zur Konversion von 1990 heißt es: „Wir müssen uns grundsätzlich fragen: ‚Ist das, was wir produzieren, eigentlich nützlich?‘ In der Rüstungsproduktion ist dieser Widerspruch am deutlichsten. Denn Waffen werden produziert, um Menschen zu bedrohen und zu töten – das kann nicht der Sinn unserer Arbeit sein!“ (18)

Definition: Unter „Konversion“ wird die Umwandlung von Produktion, Mitteln, Grundstücken von militärischer zu ziviler Nutzung verstanden.

### 2. Konversionsarten

- **Liegenschafts-Konversion**  
z.B. Kasernen als Handwerkerpark, Bunker für Champignonzucht
- **Industrie- / Produktions-Konversion**  
z.B. Solarzellen oder Lokomotiven statt Waffen und Panzer
- **Wissens-Konversion**  
z.B. Kriegsprävention als Forschungsgegenstand anstelle Kriegsforschung
- **Waffen-Konversion**  
z.B. Militärflugzeuge in Zivilflugzeuge, „Schwerter zu Pflugscharen“
- **Human-Konversio**  
z.B. Soldaten und zivile Militärbeschäftigte arbeiten in zivilen Berufen
- **Finanz-Konversion**  
z.B. Investition von bisherigen Rüstungsausgaben in zivilen Bereichen, Bildung statt Bomben“ (1)

### 3. Erforderlichkeit von Abrüstung und Konversion

Die an Hochrüstung und Krieg Interessierten reden von Bedrohungen, zu schützenden Menschenrechten, humanitären Gründen, von Freiheit und Demokratie, von Verantwortung. Aber was wird tunlichst verschwiegen? Es geht um Erhalt und Ausweitung von Macht, politisch und ökonomisch. Es geht um Rohstoffe, um Exporte und Verkehrswege. Es geht um die Verteilung von Steuergeldern: allein 32,8 Milliarden Euro in diesem Jahr für den deutschen Rüstungsetat (außerdem wurden bis zu 750 Millionen Euro Personalkosten in andere Haushaltsposten verschoben). Der deutsche Rüstungsexport betrug allein 2012 946 Millionen Euro; das ist Umsatz, das bringt Profit. Und damit die Profite weiterhin sprudeln, wurden von der Bundesregierung im selben Jahr lt. Rüstungsexportbericht Rüstungsgüter in einem Wert von 4,7 Milliarden Euro genehmigt. Was an Absatz in Europa nicht mehr bezahlt werden kann, das kompensiert die Rüstungsindustrie hemmungslos in den Krisenregionen dieser Welt. Das ergab auch 2013 Platz 3 der Weltrangliste der Todeshändler.

So liest sich „mehr Verantwortung“ ganz konkret:

- Frieden erhalten (Abrüstung, keine Auslandseinsätze, kein Rüstungsexport),
- Militarisierung im Inneren zurückdrängen.
- 70 Prozent der Rüstungsproduktion werden ins Ausland verkauft. Rüstungsexport ist kriegstreibend, menschenverachtend und mörderisch.
- Zivil-Militärische Zusammenarbeit beenden (Militär als Kriseninstrument, Bundeswehr-Werbung an Schulen und Arbeits-Agenturen).
- „Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind die teuersten, die wir SteuerzahlerInnen finanzieren. Schon in den 70er Jahren wurde wissenschaftlich nachgewiesen, dass ein Arbeitsplatz in der Rüstung ein vielfaches anderer Arbeitsplätze kostet: "Les Aspin, Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus ... veröffentlichte (auf das damalige Stichjahr 1972 bezogen) die Aufstellung, wie viele Arbeitsplätze mit 1 Mrd. Dollar pro Bereich geschaffen werden können:  
In der Rüstung                      35.000 Arbeitsplätze  
im Bauwesen und  
im Gesundheitswesen            77.000, etwa zweimal soviel  
im Bildungswesen                100.000, etwa dreimal soviel".(23)  
Die DFG-VK hatte in den 2000er Jahren berechnet, dass ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie ca. 130.000 Euro koste, eine Gymnasiallehrerin dagegen verdiente 52.000 Euro brutto.
- Gesellschaftlich sinnlose Rüstungsausgaben sind umzulenken in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche (Gesundheit, Bildung, sozialer Wohnungsbau, Infrastrukturen, Entwicklungshilfe) (19)
- Der Afghanistan-Krieg der Bundeswehr kostet den Steuerzahler 1 Mrd. Euro pro Jahr; dafür könnten z. B. mehr als 30.000 ErzieherInnen eingestellt werden.
- Staatsverschuldung nicht durch Sozialabbau, sondern durch Abrüstung mindern,
- Arbeitsplätze erhalten und schaffen in Konversions-Prozessen.

Das Konzept einer ‚Alternativen Produktion‘ geht zwar vom Erhalt industrieller Arbeitsplätze aus, jedoch soll die Produktionsstruktur ausgerichtet sein am Nutzen für den Gebrauch der Bevölkerung, an der Schonung von Natur und Umwelt.

„Politische Konversion muss an dem politischen Charakter von Rüstung – im Sinne der Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse – ansetzen. Bereits bei Lucas Aerospace wurde von der Direktion den Arbeitern die Diskussion über ihre Produktion verweigert, weil dies die Grundlage der kapitalistischen Herrschaft, das Direktionsrecht, infrage stellt. Der zentrale Aspekt der politischen Konversion ist die Forderung nach sozial nützlichen Produkten. ... Zur Bestimmung des Gebrauchswerts der Waren, wobei nicht nur individuelle sondern auch kollektive Bedürfnisse befriedigt werden müssen, ist ein umfassender politischer Diskussionsprozess notwendig.“ (3)

#### **4. Analyse einer Industrie-/Produktions-Konversion**

1. IST-Analyse der vorhandenen Rüstungsproduktion (Produkte, Technologien, Beschäftigte, Qualifikationen)
2. Darstellung von technologischen und ökonomischen „Äquivalenzbereichen“; das sind Produktionsbereiche, die hinsichtlich der technologischen Struktur und der wirtschaftlichen Größenordnung mit dem jeweiligen Waffensystem vergleichbar sind und nach deren Produkten ein hoher gesellschaftlicher Bedarf besteht.
3. Untersuchung darüber, ob und in welchem Umfang die Rüstungsunternehmen auch in Äquivalenzsystemen engagiert sind

4. Entwicklung von Produkt-Ideen, ggf. Erstellung von Modellen und Prototypen
5. Untersuchung der Vermarktung, ggf. mit Unterstützung von Wissenschaftlern, regionalen Einrichtungen
6. Durchsetzung

## 5. Beispiele für Konversion

„Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod“ unter diesem Motto stand der Kampf einer Belegschaft um Rüstungskonversion bei Lukas Aerospace in den 70er Jahren, bei der die Beschäftigten auch den Anspruch erhoben, bei der Produktion von Gütern mit zu entscheiden. (24)

In den 80er Jahren haben IG Metall-Vertrauensleute und -Betriebsräte eine Reihe von betrieblichen Arbeitskreisen gebildet, um durch eigene Produktvorschläge die Schrumpfung bzw. Stilllegung von Fertigungsbereichen zu verhindern. Die Zielsetzungen der Arbeitskreise nehmen in dem Spannungsfeld zwischen „Arbeitsplatzsicherung“ – Abbau von Rüstungsproduktion / Abrüstung – Entwicklung von alternativen Produkten - Veränderung der regionalen Wirtschaftspolitik“ sehr unterschiedliche Positionen ein. Als Beispiel derartiger Arbeitskreise seien genannt:

- Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ bei Messerschmidt Bölkow-Blohm in Bremen (1983) bei Auslaufen der Produktion des Kampfflugzeugs Tornado;
- Arbeitskreis „Rüstung und Arbeitsplätze“ in Kiel (1981) bei Krupp MAK bei Druck insbesondere auf den Schiffsdieselmotorenbau und die Leopard 2-Produktion;
- Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ bei Blohm & Voss in Hamburg (1981) bei Beschäftigungsproblemen beim Flak-Panzer Roland, beim Leopard 2 und im Marineschiffbau.

### 5.1 Beispiel für Industriekonversion: MAK Kiel

Es gibt nur sehr wenige Durchsetzungserfolge für Industriekonversion. Helgoland bekam aufgrund einer Initiative des Arbeitskreises „Alternative Fertigung“ bei der MAK Kiel eine Energieversorgung, die auf Windenergie und Abgas-entgifteten Dieselmotoren-Blockheizkraftwerken basiert. Dies war kein Ersatz einer Rüstungsproduktion, sondern die Verstärkung des zivilen Bereiches. Häufig ging es bei den Vorschlägen der Arbeitskreise genau darum sowie um Diversifizierung der Produktion in Richtung ziviler Produkte.

„In Kiel ist es z.B. in den 1980er Jahren gelungen, den Lokomotivbau durch die Initiative des Arbeitskreises Alternative Produktion bei Krupp-MaK in Kiel zu erhalten und neu zu entwickeln (Schleswig-Holstein-Lok). Das Konversions- Motto »Loks statt Leos« wurde 2001 realisiert, nachdem die Vossloh Schienenfahrzeugtechnik GmbH die Produktionsstätte von MaK-System übernommen hatte. Zuvor hatte der Anteilseigner Rheinmetall beschlossen, die Panzerproduktion in Kiel einzustellen.“ (31)

### 5.2 Rüstungsindustrie Kassel

Eine Arbeitsgruppe an der Gesamthochschule Kassel erarbeitete 1990 Vorschläge für zivile Produkte in den Kasseler Rüstungsbetrieben; das örtliche Friedensforum veranstaltete eine gemeinsame Konferenz mit der IG Metall zur Konversion, an der auch alle Betriebsratsvorsitzenden der Rüstungsbetriebe teilnahmen. Eine Umsetzung erfolgte nicht.

### 5.3 Nordseewerke Emden

Am 11. Dezember 2009 fand mit dem Frachter „Frisia Cottbus“ der letzte Stapellauf an den Nordseewerken GmbH (NSW Emden) statt, einer Werft, die seit 1903 Marine- und Sonderschiffe baute. Sie gehörte zu ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS). Im März 2010 übernahm die Schaaf Industrie AG (SIAG) den Großteil der Nordseewerke, um dort Stahlbau-Komponenten für Offshore-Windenergie-Anlagen unter dem Namen „SIAG Nordseewerke GmbH“ zu produzieren. Im Aufsichtsrat haben die Arbeitnehmervertreter gegen den Verkauf gestimmt („Dagegen, dass der Schiffbau in Emden kaputt gemacht wird“ sagt Betriebsratsmitglied Klaas Ewerwien). Beim Interessenausgleich / Sozialplan hat der Betriebsrat eine Menge herausgeholt. Von den 1.400, dann 1.200 Beschäftigten, bleiben 720, die übrigen gehen in andere Gesellschaften von Thyssen oder in Altersteilzeit. Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen. (4)

Nachdem die Muttergesellschaft, die SIAG Schaaf Industrie AG, im März 2012 Insolvenz anmeldete, wurde am 17.10.2012 auch für die SIAG Nordseewerke ein Insolvenzantrag gestellt, weil deren Anbindung an das Stromnetz an Land stockt und dadurch der Absatz eingebrochen ist. Das saarländische Unternehmen DSD Steel übernahm das Unternehmen zum 17.2.2013 unter dem Namen „Nordseewerke GmbH“, wobei im Rahmen eines Betriebsübergangs 240 der Beschäftigten sowie 16 Azubis weiterbeschäftigt werden. Die restlichen der 720 Beschäftigten wechselten in eine Transfergesellschaft. Ein Jahr nach der Übernahme durch die DSD Steel Group hat sich der Betrieb auf der ehemaligen Werft noch immer nicht stabilisiert. Knapp 80 der verbliebenen 240 Mitarbeiter befinden sich in Kurzarbeit. Für weitere Aufträge sollten eigentlich Fundamente für Offshore- Windkraftanlagen sorgen - doch diese Hoffnungen haben sich wegen anhaltender Probleme bei der Energiewende bislang nicht erfüllt.

In einer Broschüre der IG Metall-Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ aus dem Jahr 1990 wird die Arbeit von 10 Arbeitskreisen in der Küstenregion dokumentiert. Dort heißt es: „Nach und nach stabilisierten sich die Arbeitskreise. ... Auch bei Firmenentscheidungen ist es zu Veränderungen gekommen. ... Diese positiven Veränderungen dürfen aber nicht den Blick für die nach wie vor unveränderten Realitäten in der Rüstungsindustrie verschleiern:

- Es ist bisher nicht gelungen, gesellschaftlich (sozial und ökologisch) sinnvolle Produktion gegen konkrete Rüstungsprojekte durchzusetzen.
- Es gab insgesamt keine Kürzungen im Rüstungshaushalt.
- Rüstungsexporte wurden nicht eingeschränkt.
- Die Rüstungsindustrie wird zum Bestandteil zentraler Machtkonzentration.“ (18)

### 5.4 Beispiel für Liegenschafts-Konversion: Eggebek

Hamburger Abendblatt vom 28.10.2011: „Kollektoren statt Kampffjets. Nach dem Abzug der Bundeswehr gehen in den Standort-Gemeinden nicht zwangsläufig die Lichter aus. In Schleswig-Holstein ... haben einige Orte wie Eggebek (Kreis Schleswig-Flensburg) den zivilen Neuanfang geschafft. ... 2003 kündigte der Bund an, in Eggebek (2.500 Einwohner) das Marinefliegergeschwader 2 abzuwickeln. 2005 schloss der Fliegerhorst mit 1.350 Soldaten und 450 Zivilangestellten. Zurück blieben an die 100 Gebäude, Hangars und Bunker auf 408 Hektar – einer Fläche in der Größenordnung des Friedhofs in Hamburg-Ohlsdorf. Es musste neues Gewerbe her. ... Der geplante Energie- und Technologiepark ... steht mittlerweile. 2009 nahm eine Biogasanlage den Betrieb auf. In 2011 ging eine der weltweit größten Fotovoltaik-Anlagen (129 Hektar) ans Netz. Auf dem Gelände haben sich zudem an die 60 Firmen angesiedelt. Sie bauen Lieferwagen um, produzieren, reparieren oder lagern in alten Flugzeughallen Getriebe und Flügel von Windrotoren. ... In Schleswig-Holstein gilt Eggebek als Vorzeigeprojekt.

Viele andere Orte ... sind auch Jahre nach dem Abzug der Bundeswehr noch nicht vorangekommen mit der Liegenschaftskonversion. In Schleswig lässt der geplante neue Stadtteil mit First-Class-Hotel und Wellness-Oase auf sich warten, in Neumünster sind in einer ehemaligen Kaserne vorerst Asylbewerber untergebracht. Die Bilanz des Schleswig-Holsteinischen Konversionsbüros, das im Wirtschaftsministerium untergebracht ist, ist durchwachsen. Lösungen fanden sich bisher für gut 20 Standorte, jedoch keine für 25 Gemeinden.“

### **5.5 Aktuelle Beispiele für Liegenschafts-Konversion in Hamburg**

**Neugraben / Fischbek:** In Neugraben- Fischbek kommt das Wohnsiedlungsprojekt ‚Fischbeker Heidbrook‘ südlich der Cuxhavener Straße voran. Auf dem ehemaligen Kasernengelände der Röttiger-Kaserne soll ab 2016 Wohnraum für 2.500 Menschen entstehen. Dutzende Kasernengebäude wurden dazu schon abgerissen. Es entstehen vorwiegend Doppelhaushälften, Reihenhäuser und Einfamilienhäuser, um den Stadtteil aufzuwerten. An der Cuxhavener Straße soll Kleingewerbe entstehen.

(Hamburger Abendblatt vom 12.11.2011, 31.12.2013, 24.6.2014)

**Bahrenfeld:** In die ehemalige Infanterie-Kaserne an der Notkestraße soll das Forschungszentrum DESY einziehen. Auf dem Gelände ist Gewerbenutzung vorgesehen. (HA vom 23.1.2013)

**Jenfeld:** Auf dem 35-Hektar- Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne sollen gemäß dem Bebauungsplan „Jenfelder Au“ 770 Wohnungen entstehen. (HA vom 24.1.2013)

### **5.6 Standortschließungen (Bundeswehrreform 2011)**

2011 hatte Verteidigungsminister de Maizière bekannt gegeben, dass 31 der heute rund 400 Bundeswehrstandorte geschlossen und 90 massiv verkleinert werden; die Bundeswehrreform beinhaltet eine Planung zum Abbau von rund 45.000 SoldatInnen und 20.000 Zivil-Beschäftigten. Dennoch warnen Experten des Bonn International Center of Conversion (BICC) vor Schwarzmalerei. „Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen, dass Konversion noch nie ein Selbstläufer war. Ob der Truppenabzug nach Ende des Kalten Krieges oder die Schließung von 105 Standorten im Rahmen der Bundeswehr-Strukturreform 2004, diese Reduzierungen haben stets auch Chancen für die betroffenen Kommunen geboten. In vielen Fällen konnte eine zivile Nachnutzung militärischer Liegenschaften erfolgreich realisiert werden. Für die betroffenen staatlichen und kommunalen Stellen rücken spezielle Planungsleistungen in den Vordergrund. Dazu gehören komplexe Aufgaben wie die Beseitigung von Altlasten und Kampfmitteln. Lösungen müssen auch für die Verwertung und Anschlussnutzung, die Wertermittlung und Kaufpreisfindung sowie die Finanzierung und die Investor-Aquisition gefunden werden. ... Unter Umständen müsse auch komplett auf eine Nachnutzung verzichtet und die vormals militärisch genutzte Fläche rückgebaut, d. h. renaturiert werden.“ (5)

Doch es gibt auch Negativbeispiele. Wenn als erste Nachnutzung Personengruppen, die ohnehin häufig in Städten nicht gern gesehen sind (Obdachlose, AsylbewerberInnen etc.) dorthin ‚abgeschoben‘ werden, dann bleiben die anderen BewohnerInnen der Städte häufig weiterhin diesem Viertel fern und es können leicht neue ‚Problembezirke‘ entstehen. Besonders drastische Auswirkungen hatte dies in der süddeutschen Stadt Lahr, wo nach Abzug der kanadischen Streitkräfte in den 1990er Jahren die freigewordenen Wohnungen der Armeeangehörigen mit 8.000 Aussiedlern ‚aufgefüllt‘ wurden. Die wenigen Beispiele für gescheiterte Konversion sind darüber hinaus überwiegend darauf zurückzuführen, dass die Entwicklung der Liegenschaften Großinvestoren überlassen wurde und diese sich verspekuliert haben. Deswegen ist eine Entwicklung und Planung ‚von unten‘ durch Bürgerinitiativen und Kommunen demokratisch und ökonomisch erforderlich. (7)

## 5.7 Konversions-Erfahrungen aus Bremen

Am 19.10.2013 fand in Kassel eine erste Arbeitstagung zum Thema "Konversion" statt. Dazu hatte der Arbeitskreis „Rüstungskonversion“ aufgerufen, der sich seit dem Kasseler Friedensratschlag vom Dezember 2012 regelmäßig getroffen hat.

In den Bremer Rüstungsunternehmen konnten über 60 betriebliche Umstrukturierungsprojekte zwischen 1992 und 2001 gezählt werden. Von den zwölf Bremer Rüstungsunternehmen bezogen zehn Fördermittel über das Bremer Konversionsprogramm. Bei den Projekten wurden auf der Grundlage von detaillierten Konversionskonzepten, in enger Zusammenarbeit von Unternehmensleitungen, IG Metall, Betriebsräten, Wissenschaft und Politik ca. 15% der Rüstungs-Arbeitsplätze auf zivile Entwicklung und Produktion umgestellt.

Prof. Wolfram Elsner, der ehemalige Bremer Landesbeauftragte für Konversionsfragen, schätzte ein, dass es für die erfolgreiche Konversion ein „historisches Zeitfenster“ gegeben habe. Dieses charakterisierte er folgendermaßen: 1983 war nach gescheiterten Verhandlungen und einer Besetzung der Werft durch die Beschäftigten die AG Weser geschlossen worden. 1989 galten 16% der Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes als rüstungsabhängig. Bremer Unternehmen waren durch den Rückgang von Rüstungsaufträgen in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten: Bremer Vulkan, Atlas Elektronik, Systemtechnik Nord, DSD. Es wurde viel Elektronik entwickelt und produziert, so dass „dual use-Effekte“ (parallele zivile Nutzung) möglich waren. Bei den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen gab es viele alternative Ideen. Es war in diesem Zeitfenster Ziel von Unternehmen und Politik, mit Hilfe von Beratung und Subventionen (insgesamt 60 Millionen DM, zum erheblichen Teil aus EU-Mitteln) Arbeitszusammenhänge (Betriebe, Forschungseinrichtungen) nicht zusammenbrechen zu lassen, sondern umzugestalten.

Davon haben neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen, im Nachhinein betrachtet, Unternehmen nicht unerheblich profitiert durch Erhalt von Betrieben, von Know How und Technologien sowie Modernisierungen und Produktivitätssteigerungen.

Andrea Kolling, Vorsitzende der Bremischen Stiftung für Konversionsfragen und Friedensforschung, schrieb: „In Bremen war der Konversionsprozess trotz allem ein kleiner Leuchtturm eines zivilgesellschaftlichen Prozesses: eine geordnete Umstrukturierung und ein weit und breit einzigartiges Beispiel und Beweis kollektiver Handlungskompetenz gegen individuelle kurzfristige Unternehmerentscheidungen.“

Ab 1995 änderte sich das Kräfteverhältnis: Banken / Rüstungsindustrie und Politik übernahmen die Umstrukturierung und waren an Rüstungskonversion nicht mehr interessiert.

## 6. Airbus / EADS

Am 9.12.2013 verkündete EADS-Boss Thomas Enders, dass 5.800 Arbeitsplätze in der Rüstungssparte seines Konzerns zu viel an Bord seien und in den nächsten drei Jahren gekappt werden müssen; darunter 2.600 Stellen in Deutschland. Wegen rückläufiger Waffenbestellungen der EU-Staaten. Am folgenden Tag schickte er einen weiteren Knaller hinterher: Gelingt es nicht, zusätzliche Exportkunden für den Eurofighter zu gewinnen, ‚werden wir ab 2018 weitere Arbeitsplätze abbauen müssen‘, so EADS-Rüstungschef Bernhard Gerwert.

Die Keule schwebt über der Belegschaft, um diese zu ‚Flexibilität‘ bei der Konzernumstrukturierung und ‚Verringerung der Arbeitskosten‘ zu zwingen, wie es Personalvorstand Thierry Baril fordert. Jürgen Kerner, das für den Rüstungsbereich zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall signalisierte, dass seine Gewerkschaft den Konzernumbau mittragen wolle, ‚wenn sich damit ein tragfähiges Konzept verbindet, das die Rüstungskapazitäten in Deutschland auf lange Sicht auslastet und profitabel macht‘ (zit. nach FAZ, 11.12.13).“ (26) In diesem Sinne sagte der BR-Vorsitzende Jan-Marcus Hinz dem Hamburger Abendblatt in Interview am 23.11.2013: „Das ist kein Warnstreik und auch keine Ak-

tion, die sich gegen das Unternehmen richtet. Wir möchten damit deutlich zeigen, dass wir gemeinschaftlich die Zukunft dieses Unternehmens mitgestalten wollen.“ (27)

„Ginge es um Arbeitsplätze, könnte EADS auf zivile Produktion von Passagierflugzeugen umschichten. Deren Verkauf „brummt“ und der Auftragsbestand dort sei glänzend und reiche für die nächsten sieben Jahre. Dem Konzern geht es vielmehr um höhere Profite. Statt wie bisher fünf Prozent Umsatzrendite verlangt Thomas Enders, Vorstandsvorsitzender von EADS, für die Zukunft zehn Prozent, erklärt die IG Metall.

Die Antwort der Beschäftigten kam prompt: 20.000 EADS-Beschäftigte aus 27 Betrieben folgten dem Aufruf der IG Metall zu einem bundesweiten Aktionstag am 28. November 2013. Ziel ist ein nachhaltiges Zukunftskonzept für die Beschäftigten. Um was geht es? Um ein tragfähiges Konzept, „*das die Rüstungskapazitäten in Deutschland auf lange Sicht auslastet und profitabel macht*“, wie Jürgen Kerner, Vorstandsmitglied der IG Metall von der FAZ zitiert wird? Oder muss man „überlegen, ob man die militärischen Standorte nicht mit zivilen Aufträgen auslasten kann“, wie er mit Blick auf die vollen Auftragsbücher der Airbus ein Umschichten der Kapazitäten fordert. ... Im Kapitalismus müssen die Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen, um sich reproduzieren zu können. Das macht sich die Rüstungsindustrie zunutze und nimmt die Beschäftigten in Geiselnhaft. Mit deren Arbeitsplätzen erpresst sie Regierung, Parlament, Gewerkschaften und Beschäftigte selbst.“ (23)

Die WamS vom 15.12.2013: „*Der Vorstand von EADS will die Dividende von 30 auf 40 Prozent der Gewinne anheben und die operative Umsatzrendite von derzeit 6% auf 10% steigern. Dieser Wert soll nun als Steuerungsgröße gelten.*“ (25)

FAZ vom 27.2.2014: „*2013 hat das Verteidigungsgeschäft der Airbus Group seine Profitabilität schon vor dem anstehenden Personalabbau verbessert. Die Tochtergesellschaft CASSIDIAN ... erreichte mit 7,2% die höchste operative Umsatzrendite im Konzern.*“ (21)

Die Vision eines großen deutschen Rüstungskonzerns - neben Airbus für die Luftfahrt - wird seit Jahren hinter den Kulissen diskutiert. Jetzt wird 2014 in Berlin ernsthaft eine ‚nationale Konsolidierung‘ forciert. In der Politischen Ökonomie heißt das ‚Zentralisation‘, das bedeutet Zusammenschluss vieler einzelner zu wenigen großen Kapitalen. In der Branche wird erwartet – schrieb u.a. das Handelsblatt vom 12.9.2014 unter dem Titel „Volle Kraft voraus!“, dass der Düsseldorfer Konzern Rheinmetall den gesamten Marineschiffbau samt U-Booten von ThyssenKrupp übernimmt. Gleichzeitig könnte EADS, inzwischen in Airbus-Group umbenannt, seinen Anteil bei Atlas Elektronik, also Torpedos und Marineelektronik und weitere Rüstungsrandbereiche, beisteuern. Dies könnte geschehen durch die Übernahme der Airbus-Töchter Atlas Elektronik und/oder Optronics (Präzisionsmessgeräte, Aufklärungskameras und Lasersysteme). Zudem beabsichtigt der Rüstungskonzern, mit dem Münchner Leopard-Panzer Hersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) zusammenzugehen.

Damit wären vier der „Big Five“ der deutschen Rüstungsindustrie im Umbruch.

## **7. Gewerkschaftliche Positionen**

### **IG Metall-Gewerkschaftstag 2011**

„Die IG Metall lehnt den Umbau der Bundeswehr zu einer international operierenden Interventionsarmee ab. Die Rüstungsausgaben müssen zu Gunsten sozialer, ökologischer und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben gesenkt werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- die Rüstungsausgaben deutlich zu senken;

- jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von Kriegen oder kriegsähnlicher Handlungen zu unterlassen oder zu beenden;
- keinen Krieg oder kriegsähnliche Handlungen um Rohstoffe (z. B. seltene Erden) zu führen;
- den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus allen Kampfeinsätzen zu vollziehen.“

Allerdings gibt es in der Praxis der IG Metall stark kontroverse Auffassungen:

Im Kurzreport der IG Metall „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext“ vom Dezember 2010 heißt es im Vorwort des Vorstandsmitgliedes Wolfgang Rohde und der damaligen Bezirksleiterin Jutta Blankau: „Der Kuchen wird künftig kleiner werden. ... Alle Hoffnungen in der Branche zielen deshalb auf die Wachstumsmärkte außerhalb Europas. Tatsächlich planen einige Schwellenländer milliardenschwere Beschaffungen von Marineeinheiten. ... *Wir fordern: Der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeiten im Marineschiffbau ist für die IG Metall von nationaler Bedeutung. In den Hauptsegmenten des deutschen Marineschiffbaus ... gilt es, technologisch sowohl für die Einsatzfähigkeit der deutschen Marine als auch für die Exportfähigkeit der jeweiligen Produkte eine leistungsfähige Basis sicherzustellen.* ... Um eine nachhaltige Beschäftigung zu garantieren und Monostrukturen zu vermeiden, müssen die Strategien der Unternehmen die Untersuchung neuer Märkte und alternativer Produkte einschließen ...: Umwelt, Energie, Mobilität und Sicherheit. Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften müssen gemeinsam die Entwicklung neuer Produkte für neue Märkte beschleunigen. Die IG Metall ist der Auffassung, dass Arbeitsplatzverluste durch Diversifizierung, unter anderem in der Windenergie oder in den Offshore-Märkten, vermieden werden können.“ (15)

Im Mai 2013 warnte Bernhard Stiedl, der Beauftragte der IG Metall für die EADS vor einem Ende deutscher Drohnen-Programme: *„Für Deutschland wäre es eine Katastrophe, wenn nach dem Stopp des „Euro Hawk“ die Politik jetzt einen Komplettausstieg aus dem unbemannten Fliegen beschließen würde.“ Und weiter: „Deutschland darf sich nicht aus einer Schlüsselindustrie auch für die zivile Luftfahrt verabschieden. ... Das wäre so, als würde die deutsche Automobilindustrie auf die Entwicklung des Elektromotors verzichten, mit allen negativen Folgen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze.“* (30)

Seit 2013 gibt es in den Gewerkschaften wieder vermehrt Forderungen nach Wiederaufnahme der Konversionsdebatte:

DGB-Aufruf zum Antikriegstag 1. September 2013: *„Nie wieder Krieg heißt für uns: Zivile Produktion statt Rüstungsexporte.... Wir stehen unverändert zur Konversion von militärischer Produktion und militärischem Know-how. Sie müssen in zivile Güter umgewandelt werden. Betroffene Unternehmen und Zulieferer müssen ihre Produktpalette diversifizieren, den Anteil an zivilen Produkten ausbauen.“*

DGB Baden-Württemberg in seiner Kampagne 2014 für Frieden und Abrüstung: *„Der DGB wendet sich entschieden gegen den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee. Schluss mit Rüstungsexporten! Der DGB wird aktiv für die Rüstungskonversion: zivile Produktion statt Rüstungsproduktion. Notwendig sind Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod.“*

IG Metall-Seminar „Konversion“ 19. – 21. Mai 2014 in Berlin: *„Heute ist klar: Um dauerhaft sichere Beschäftigungsbedingungen zu erreichen, müssen neue Perspektiven eröffnet werden. Gerade Konversion und Diversifikation können Bestandteil einer modernen Industriepolitik werden.“*

Roman Zitzelsberger, IG Metall-Bezirksleiter Baden-Württemberg, sagte im SWR2-Tagesgespräch vom 19.8.2014: *„Deutsche Sicherheits- und Wehrtechnik dürften nicht in problematische Regionen gelangen. Stattdessen brauche es einen Dialog darüber, wie Produkte der Rüstungsindustrie zivil genutzt werden könnten; außerdem sei es notwendig, die Konversionsdebatte wieder zu beleben“.*

Interview mit IG Metall-Geschäftsführer aus Freiburg Hermann Spieß vom 13.8.2014: *„Der Navigationsgerätehersteller Litef in Freiburg Litef hat in den 70er Jahren sehr massiv die Konversion - also die Umwandlung von militärischer in zivile Produktion betrieben. Litef war damals zu 100 Prozent militärisch ausgerichtet. Wir waren der Meinung, dass es nicht sein kann, dass so viele qualifizierte Beschäftigte*



*ausschließlich für die Rüstung arbeiten. Wir wollten Alternativen, die das Unternehmen krisenfester machen. Es war mit einem Verdienst des Vertrauenskörpers der IG Metall, dass Litef heute rund 50 Prozent zivile Fertigung hat. Auf dieser Basis kann man sich auch erlauben, heikle Aufträge abzulehnen.... Es ist uns dennoch gelungen, Litef schrittweise umzubauen. Damals gab es Arbeitsgruppen mit Entwicklern, die dann auch zivile Produkte entwickelt haben. Und es funktioniert. Litef hat den Mix geschafft. Die Arbeitsplätze sind dadurch sicherer geworden.“*

Katinka Poensgen, IG Metall Bezirksleitung Mitte, sagte in einem Interview mit der Jungen Welt vom 8.7.2014: *„Es ist unverantwortlich, wegen des Erhalts einiger weniger Arbeitsplätze in der Waffenindustrie, die Zerstörung des ganzen Erdballs zu riskieren. Das kann nicht Aufgabe einer Gewerkschaft sein. Mit dem Geld, das die öffentliche Hand in die Rüstungsindustrie investiert, wären wesentlich mehr Arbeitsplätze im zivilen Bereich zu finanzieren. In den 1980er Jahren hat eine starke Friedensbewegung Druck gemacht. Wie damals muss es einen Arbeitskreis zur Rüstungskonversion geben. Das muss wieder offizielle Politik der IG Metall sein.“*

IG Metall-Branchentagung „Wehr- und Sicherheitstechnik“ vom 14./15.10.2014: *„Die Bundesregierung hat auch Verantwortung für die Beschäftigten der Branche.‘ Dies schließe ausdrücklich die Unterstützung bei der Erschließung ziviler Märkte ein. Die Betriebsräte begrüßen daher den von Dr. Wolfgang Scheremet, Abteilungsleiter Industriepolitik im Wirtschaftsministerium, angekündigten Fonds für Diversifikationsprojekte.“*

Die Delegierten der IG Metall Stuttgart haben auf ihrer Delegiertenversammlung vom 20. September 2014 die folgende Resolution über Rüstungs- und Waffenexporte verabschiedet: *„Arbeitsplatzverluste in der Rüstungsindustrie sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte zu kompensieren. Die Konversionsdebatte muss in den Rüstungsbetrieben nachhaltig geführt werden. Hier übernimmt die IG Metall eine aktive und steuernde Rolle. Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten.“*

Reinhard Schwitzer, der ehemalige 1. Bevollmächtigte der IG Metall Hannover schrieb im November 2014: *„Es darf das Arbeitsplatzargument keine Rechtfertigung für Waffenlieferungen in Krisengebiete sein. Umso dringlicher sind Konzepte für eine Konversions- bzw. Diversifikationspolitik, um den Widerspruch zwischen dem friedenspolitischen Engagement der Gewerkschaften und dem Erhalt von Arbeitsplätzen aufzuheben. Den Beschäftigten muss klar sein: Eine dauerhafte, gute Beschäftigung ist langfristig nur mit der schrittweisen Umstellung auf zivile Güter zu bewerkstelligen.“*

Anne Rieger, ehem. 1. Bevollmächtigte der IG Metall: *„Beschäftigte und Gewerkschaften sind in ihrer Mehrheit keine Rüstungslobbyisten, sondern Geiseln der Rüstungsindustriellen und ihrer politischen VertreterInnen in Regierung und Parlament, die Kriegseinsätze befürworten und für Rüstungsexporte stimmen. ...Rüstungsunternehmen ziehen FacharbeiterInnen, IngenieurInnen, NaturwissenschaftlerInnen an, weil sie gut bezahlte und anspruchsvolle Jobs anbieten. Andererseits wollen Menschen gesellschaftlich und ökologisch nützliche Produkte und Dienstleistungen erdenken, erforschen, entwickeln oder produzieren. Sie wollen stolz sein auf ihre Produkte, sich nicht verstecken oder schämen müssen.“*

*„Hat ein Ingenieur die Wahl zwischen einem Job in einem Autokonzern oder einem Rüstungsbetrieb, entscheidet er sich nicht unbedingt für letzteren“* meinte ein Betriebsrat auf der Tagung „Wehrtechnik und Arbeitsplätze“ der IG Metall. EADS-Enders bestätigt das: *„Es wird immer schwieriger gute Leute im Rüstungsbereich zu halten, geschweige denn junge Leute dafür zu begeistern“.* (23)

In Westeuropa gab es 1989 noch 1,5 Millionen Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie; heute sind es noch 700.000.

*„Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind keineswegs sichere Arbeitsplätze. Die jüngsten Erpressungen des EADS-Konzern sind ein deutliches Beispiel dafür. ... Trotz größerer Spielräume in der Preisgestaltung ist in einer solchen Industrie der Rationalisierungsdruck aus Profitgründen enorm hoch - und damit steht die Reduzierung der Arbeitsplätze immer auf der Tagesordnung. Darüber hinaus ist die Auf-*

*tragslage der Rüstungsindustrie geprägt von Beschaffungswellen. Sie ist abhängig von den politischen Entscheidungen entsprechend der jeweiligen Interessenlage der herrschenden Kräfte. Diese richtet sich niemals nach der Zahl von Arbeitsplätzen, sondern nach der strategischen und taktischen Einschätzung, welche Waffensysteme für welche außenpolitischen Ziele wann benötigt werden. Wenn große Rüstungsprodukte auslaufen, kommen Anschlussprogramme in der Regel erst mit mehrjähriger Verzögerung.“ (23)*

## **8. Hindernisse in den Belegschaften, sich für Konversion einzusetzen**

- Im Vordergrund steht die Erhaltung des Arbeitsplatzes, und das insbesondere unter der Bedrohung durch andauernde Massenarbeitslosigkeit und sozialen Abstieg infolge der Agenda 2010-Gesetze.
- Die Beschäftigten haben böse Erfahrungen mit Umstrukturierungen, die fast immer mit Arbeitsplatzabbau, erpressten Einkommensverlusten, Versetzungen an andere Orte, Rentenverlusten bei Vorruhestandsverträgen usw. endeten.
- Eine *besondere* Unsicherheit von Rüstungs-Arbeitsplätzen wird nicht bewusst, da im gesamten industriellen Umfeld umstrukturiert, stillgelegt, entlassen wird.
- Die Beschäftigten in Rüstungsbetrieben sind kaum Betroffene der Folgen der Anwendung ihrer Produkte, die sozialen Folgen der Rüstung werden nicht gesehen.
- Der Zusammenhang zwischen produktiver Arbeitstätigkeit und Endprodukt ist immer weiter aufgelöst worden: Rüstungsaufträge werden in der Regel über einen Generalunternehmer und die breit gestreute Zulieferung von Komponenten und Systemen durch viele Unterlieferanten durchgeführt. In Rüstungsgüter gehen eine Vielzahl von Komponenten ein, die gleich oder ähnlich in Zivilgütern verwendet werden („dual use“).
- Den Beschäftigten erscheint es einfacher zu sein, den IST-Zustand zu verteidigen und beim Staat um erneute Rüstungsaufträge zu betteln (Lobbyismus der Interessenvertreter und Regionalpolitiker) als völliges Neuland zu betreten.
- Die Rüstungskonzerne, Parteien, Medien, Verbände, die sich für hohe Rüstungsausgaben und Auslandseinsätze der Bundeswehr einsetzen, verstärken das Bewusstsein der Beschäftigten, dass Rüstungsprodukte notwendig und sinnvoll sind oder gar zur Friedenssicherung beitragen. Die Gewerkschaften und Betriebsräte nehmen eine zwiespältige Rolle wahr; im Vordergrund steht der Erhalt der momentanen Arbeitsplätze, wofür auch immer...
- Eine allgemein Rüstungs-kritische Haltung der IG Metall und der Interessenvertreter wird noch akzeptiert, aber eine kritische ablehnende Haltung gegenüber konkret anstehenden Aufträgen ist extrem schwierig. Beispiele aus den 1980er Jahren: die kritische Stellungnahme des IG Metall-Vertrauenskörpers bei Blohm & Voss gegenüber dem Fregattenauftrag für die Türkei; die Stellungnahmen der IG Metall bei HDW Kiel zu den damaligen Geschäften mit dem Apartheidregime in Südafrika; die Position der IG Metall bei MBB zu den Südafrika-Geschäften und zu SDI.
- Objektives Problem: Im Kapitalismus gibt es kaum profitable Marktlücken.
- Die Problematik, was produziert wird, gehört traditionell nicht zum Kernbereich gewerkschaftlicher Politik.
- „Produktmitbestimmung gibt es in Deutschland nicht. Viele gute Ideen wurden von den Unternehmen nicht aufgegriffen. Konversion gelang in der Regel dort, wo sich anderes nicht mehr rechnete. Sei es an früheren Standorten der Alliierten oder bei Unternehmen, deren Produkte keine Zukunft mehr hatten. ...“ (13)

## 9. Bedeutung der Rüstungsindustrie in der BRD

Schon immer hat der Kapitalismus seiner Abschaffung vorgebeugt: durch Militarisierung nach außen und nach innen.

Die Hauptmotive der Militarisierung zeigen sich gerade heute sehr deutlich:

- Machterhalt / Machterweiterung nach außen; dazu gehören die Sicherung der Rohstoffzugänge und Versorgungswege, der Wandel der Bundeswehr von einer Armee zur Landesverteidigung in eine global agierende Interventionsarmee.
- Die Sicherung von überdurchschnittlichen und stabilen Profiten:
- Handelsblatt vom 7.7.2009 unter dem Titel „Rheinmetall greift an“: „Die Bundeswehr-Aufträge sind für die Industrie in der Regel der Türöffner für Exportaufträge. Voraussetzung ... sei eine glückliche Serieneinführung im deutschen Heer.“ (Verf.: optimal ist natürlich die Praxiserprobung z. B. in Afghanistan) Während bei Rheinmetall die Sparte „Automobilzulieferung“ 2009 um 41% einbrach, erzielte der Rüstungsbereich ein Plus von 7%. „Mit der Verlagerung auf das krisensichere Geschäft mit den Militärs will sich Rheinmetall besser gegen Schwankungen absichern. ... Analysten begrüßen den Schwenk weg vom zyklischen Autogeschäft.“
- Bilanzpressekonferenz Fa. Diehl vom Juli 2009: Während der Jahresumsatz insgesamt um 4% gesunken ist, konnte die Rüstungsproduktion um 4% gesteigert werden. Während im Bereich Rüstung Überstunden gefahren werden, sind in anderen Betrieben etwa 1.500 Beschäftigte in Kurzarbeit.
- Während der Airbus-Konzern in 2013 eine Umsatzrendite von 4,5% erzielte, erreichte der militärische Bereich CASSIDIAN mit 7,2% die höchste operative Umsatzrendite im Konzern (21).

*„Die deutschen Rüstungskonzerne setzen nach eigenen Angaben etwa 16 Mrd. Euro im Jahr um, wovon ca. 70% in den Export gehen, und beschäftigen ungefähr 80.000 Menschen. Sie behaupten von sich, dass sie ein ‚bedeutender Wirtschaftsfaktor‘ seien. Welche ökonomische Relevanz hat die deutsche Rüstungsindustrie? Der Umsatz von 16 Mrd. Euro bedeutet gerade einmal einen Anteil von 0,64% am deutschen Bruttoinlandsprodukt von 2.500 Mrd. Euro. Das ist sehr wenig. 80.000 Beschäftigte von 28,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind 0,28%. Auch dies ist gesamtwirtschaftlich betrachtet eine marginale Größe. Mit anderen Worten, ein Verzicht auf Rüstungsproduktion wäre ökonomisch leicht verkraftbar.“ (6)*

Industrieller Strukturwandel ist normal, denken wir nur an Kohle, Stahl, Auto-industrie. Vergleich zu anderen Branchen:

- Stahlindustrie.            421.000 (1961);            77.000 (2008)
- Schiffbau.                    60.000 (1990);            16.000 (2013)
- Textilindustrie.            870.000 (1970);            82.000 (2013)

## 10. Friedensbewegung und Konversion heute

Peter Strutynski, Politikwissenschaftler und Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, am 19.10.2013 in der Arbeitstagung "Konversion" über die gesellschaftspolitische Bedeutung von Rüstungskonversion:

„Ich sehe *folgende Aufgaben* für die nächste Zeit vor allem für die Friedensbewegung:

1. Konversion muss auch künftig eingebettet sein in gesellschaftspolitische Bewegungen.
2. Die Rüstungsexportdiskussion stellt in meinen Augen einen wesentlichen Hebel für eine breitere gesellschaftliche Debatte über Konversion dar.
3. Auch die Zivilklausel-Aktivitäten an den Hochschulen müssen als Chance für die Konversionsbewegung begriffen werden, da sie sich gegen den Missbrauch von Wissenschaft durch das Militär wendet und die Frage nach dem zivilen Nutzen von Wissenschaft in den Mittelpunkt stellen.
4. Die Konversionsdiskussion kann nur politisch in Gang kommen (durch friedenspolitischen Druck auf die Regierung abzurüsten).
5. Konversion kann – das zeigen auch die Erfahrungen – nicht auf die betriebliche Ebene beschränkt bleiben. Das hat zu tun mit den fehlenden Möglichkeiten von Belegschaften, auf die Produktgestaltung ihrer Unternehmen Einfluss zu nehmen.
6. Woher sollen die übergreifenden strukturpolitischen Konzepte der Gewerkschaften kommen? Von außen gibt es den Druck nicht – und zwar weder von der Friedensbewegung noch von einer arbeitsorientierten sozialen Bewegung. Und die Gewerkschaften selber empfinden sich immer weniger als Gegenmacht zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Von Seiten der Friedensbewegung sollte an den durchaus erfreulichen Befunden einer in der Gesellschaft weit verbreiteten Kriegsabstinenz und Rüstungskritik angesetzt werden. Abrüsten und Konvertieren.

Insofern ist Konversion nicht nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sondern auch ein Teil friedenspolitischer Aufklärung. Dies wird es auch für die Gewerkschaften auf lange Sicht bleiben. So lange es nämlich den Kolleginnen und Kollegen verwehrt ist, in ihren Unternehmen über Produkte und Investitionen wirklich mitzuentcheiden, bleibt der Kampf um Konversion im Wesentlichen ein Kampf um die Köpfe der Beschäftigten.

Ich plädiere am Ende also dafür, die Konversion fest im Themenkatalog der Friedensbewegung zu verankern und dort offensiv auf die Gewerkschaften zuzugehen, wo es eine gewisse regionale Sensibilität für das Problem gibt.“ (20)

„In der verkehrten Welt wird gearbeitet viel,  
Jedoch mit ganz verkehrtem Ziel!  
Der Technik Wunderwerk und Riesenkraft  
Fast alles nur für Krieg und Luxus schafft,  
Für Zerstörung baut und für die Reichen,  
Und nicht ein Wunderwerk für die Armen und die Bleichen.  
Und doch wäre es ein Kinderspiel,  
Allen zu geben, gut und viel!  
Die Lager schier bersten vor guten Sachen –  
Doch in Nöten leben, die sie machen!“  
(Kurt Tucholsky, „Die verkehrte Welt“, 1922)

## 11. Quellen

- (1) Internationales Konversionszentrum Bonn, [www.bicc.de](http://www.bicc.de)
- (3) György Széll (Hsg.), Rüstungskonversion und Alternativproduktion, 1987
- (4) Abschied von gestern (Nordseewerke Emden), Mitbestimmung 7+8/2010
- (5) Presseerklärung des BICC vom 26.10.2011
- (6) Lühr Henken in Junge Welt vom 24.2.2012
- (7) Claudia Haydt in Informationsstelle Militarisierung (IMI) vom 12.12.2011
- (13) DGB-Einblick vom 14.7.2011
- (15) Kurzreport „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext“, IG Metall 15.12.2010
- (18) Alternative Produktion: Das Schiff der Zukunft aus Arbeitnehmersicht, Eine Broschüre der Arbeitskreise Alternative Fertigung der IG Metall in der Küstenregion, Mai 1990
- (19) ISW-Report Nr. 12 / 2009: NATO. Rüstung. Krieg.
- (20) Arbeitstagung „Rüstungskonversion“ vom 19.10.2013
- (21) FAZ „Airbus verdient Milliarden und kappt Stellen“ vom 27.2.2014
- (22) Jürgen Grässlin, Schwarzbuch Waffenhandel (2013)
- (23) Anne Rieger, „Rüstungskonversion statt Geiselhaft der Beschäftigten“ in Marxistische Blätter 2 / 2014
- (24) Mike Cooley, Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod – Das Beispiel Lucas Aerospace, 1980
- (25) Welt am Sonntag „EADS ist kein Sanierungsfall“ vom 15.12.2013
- (26) Fred Schmid in isw vom 13.12.2013
- (27) Hamburger Abendblatt „Mehrarbeit macht Airbus-Werker krank“ vom 23.11.2013
- (28) Süddeutsche Zeitung „Tausende Arbeitsplätze in Gefahr“ vom 25.11.13
- (29) Spiegel online „EADS streicht 2600 Stellen in Deutschland“
- (30) Junge Welt „Kein Ausrutscher“ vom 23.5.2013
- (31) Reinhard Schwitzer „Rüstungskonversion vorantreiben“ in Sozialismus 11/2014